Dornieden

Informations-Dienst



zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR.33 6.5.1974

6 Frankfurt 1
Homburger Str. 36
Tel (0611) 77 46 96

postscheckkonto
w.spruck; frankfurt 60
nr. 525228-602

bürozeiten:
mo, mi, fri 11-15 uhr

redaktionsschluß
freitag 20 uhr!

verantwortlich:
peter m. borch
1 berlin33

kontaktzentren:

2 hamburg
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel. 444003

463 bochum-querenbg
evang. stud. gemeinde
lennerhofstr. 66
baracke VIII
tel. 701465

5 köln
pol. buchladen
zülpicher str. 197
tel. 446171

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis-buchhandlung
adalbertstr. 41 b
089/2809522

MONATSABO 5,-

INLAND

frankfurt	intern. chile - konferenz	-1-
frankfurt	ostererklärungen der ira (off. und provo)	-1-
frankfurt	einreise von sinn fein - genossen behindert	-2-
frankfurt	offener brief der roten hilfe an die kpd - rote hilfe e.v.	-2-
berlin	spezialeinheit der "schutz" - polizei im einsatz	-3-
berlin	ausländer sollen verschaukelt werden	-3-
berlin	aufruf der stadtteilgruppe charlottenburg	-4-
hannover	"wir haben ein arbeiter-jugend-wohnkollektiv gegründet"	-4-
zweibrücken	klaus jünschke erlitt kreislaufkollaps	-4-
hamburg	spendenaufruf der schwarzen hilfe	-4-
hamburg	film über linke anwälte	-5-
heidelberg	aus presseerklärungen der rechtsanwälte becker, laubscher und haag	-5-
breuberg	streik bei metzeler	-6-
reutlingen	streik bei sautter	-7-

AUSLAND

polen	aufruhr in bytom	-8-
limerick	häuserratsmitglieder in cork im gefängnis	-8-
spanien	geheime zusammenkunft von pirelli - dunlop - delegierten aus drei ländern	-8-
madrid	baskische arbeiter freigesprochen	-8-
st. paul	richter weigert sich, den wounded knee - prozeß einzustellen	-9-
usa	haitianer in amerikanischen gefängnissen	-9-

DOKUMENTATION

dokument 1	zusammenarbeit von kapital und kirche am beispiel des wilden streiks bei mannesmann teil 2	-10-
dokument 2	widerspruch gegen einberufungsbescheid	-12-
dokument 3	namibia: südafrika plündert uns aus	-14-
dokument 4	auszüge aus dem beitrag der "mir" zur chile-konferenz	-15-
dokument 5	die evakuierung belfasts als strategischer plan	-16-

FRANKFURT (ID) INTERNATIONALE CHILE-KONFERENZ

27. april an der arbeitstagung vom 23. - 26. april nahmen neben zahlreichen vertretern des chilenischen widerstands etwa 250 delegierte aus 16 westeuropäischen ländern teil, die etwa 55 politische organisationen und chile-komitees repräsentierten. am 26./27. april fanden sich etwa 7.000 teilnehmer zu den diskussionsforen, der demonstration und kundgebung, den straßenaktionen sowie einer abschließenden solidaritätsveranstaltung ein.

politische beiträge zu der konferenz sind auch von dem mir, dem mapu, der ps chile und den "christianos por el socialismo" und von anderen organisationen der linken lateinamerikas geleistet worden. im verlauf der konferenz haben die delegierten über die bedeutung der chilenischen erfahrung diskutiert, über die lehren, die sich daraus für die revolutionären kräfte in europa ergeben und über die leitlinien für die solidaritätsarbeit für den kampf des chilenischen volkes.

hauptanliegen der konferenz war die wiederaufnahme der mobilisierung und der solidaritätsarbeit für den chilenischen widerstand auf breiter basis. ziel der mobilisierung u.a. ist es, die regierungen und die wirtschafts- und finanzkräfte in allen ländern daran zu hindern, der chilenischen junta materielle unterstützung zu geben. - ziel der mobilisierung ist es, die chile-arbeit in den gewerkschaften und in allen arbeiterorganisationen zu verstärken und darauf hinzuwirken, daß die arbeiter, wie das schon in einigen fällen geschehen ist, die produktion und die lieferung für chile blockieren.

die konferenz beschloß die bildung einer koordinierungskommission für die solidaritätsarbeit für lateinamerikanische flüchtlinge in europa und die verbreitung von informationsmaterial.

zur verstärkung der zusammenarbeit der chile-komitees beschloß die konferenz im weiteren: 1) zu theoretisch-politischen diskussionsinitiativen über entscheidende fragen, die für alle revolutionären kräfte in europa von bedeutung sind, einzuladen. 2) eine ständige und schnelle möglichkeit gegenseitiger konsultationen zu schaffen, indem ein koordinationsorgan eingerichtet wird, das - außer den kräften, die diese konferenz vorbereitet haben - auch andere wichtige revolutionäre organisationen umfassen soll.

mit den aktionen der chile-konferenz war auch eine spendensammlung und blutspendeaktion für den chilenischen widerstand verbunden. die spendenaktion der seit dem putsch in chile koordinierten chile-solidarität hat in der brd und westberlin inzwischen ca. dm 420.000 gesammelt. das spendenaufkommen der chile-solidarität geht direkt an den widerstand in chile.

FRANKFURT (ID) OSTERERKLÄRUNGEN DER IRA (OFF. UND PROV .)

30. april offizielle i.r.a.: "die i.r.a. erklärt, daß ein dauerhafter frieden in irland nur zu erreichen ist durch einen siegreichen nationalen befreiungskampf, der das land aus dem diktat des imperialismus und des internationalen finanzkapitals befreit. das übergeordnete ziel des antiimperialistischen kampfes ist der aufbau einer sozialistischen irischen republik im ganzen land. nur einem bewaffneten volk wird man mit respekt zuhören. während britannien seine macht über irland durch eine bewaffnete, skrupellose armee durchsetzt, muß das irische volk zum widerstand durch seine bewaffneten befreiungsorganisationen bereit sein. die neue i.r.a. kämpft ausgerüstet durch ein sozialistisches bewußtsein, sie ist wohltrainiert, gut gerüstet und auf alle maßnahmen vorbereitet. die i.r.a. ist heute eine revolutionäre volksarmee, die imstande ist, eine revolutionäre situation zu erkennen und auszunutzen. ihr ziel ist es, die ausbeutung zu beenden und die rückeroberung irlands einzuleiten."

provisorische i.r.a.: "große aufmärsche und paraden fanden kürzlich , zur erinnerung an den osteraufstand des irischen volkes von 1916, überall in irland statt; vor allem in belfast, derry, newry und dublin. während des aufmarsches in derry gelang es daithi o'connail, dem stabschef der i.r.a., die sicherheitskordone der briten zu durchqueren und auf der versammlung zu sprechen. zwei mitglieder des britischen geheimdienstes, die daithi o'connail verfolgten, wurden von der sicherheitsabteilung der i.r.a. erschossen. o'connail erklärte, er habe vor vier jahren gesagt, man werde den britischen imperialismus endlich besiegen, heute könne er ausführen, daß der "letzte schritt zum sieg eingeleitet" sei. überall in irland seien in den letzten 14 tagen erfolgreiche, starke schläge der i.r.a. gegen britische einrichtungen und besitztümer des kapitals geführt worden, selbst die britische times habe einen durch angriffe der i.r.a. angerichteten schaden in höhe von 160 millionen pfund für 1973 errechnet.

die i.r.a. sei stets bereit, mit england über die zukunft irlands zu verhandeln; dies allerdings aus einer position der stärke, die sich positiv von allen früheren verhandlungen unterscheide. basis jeglicher verhandlung mit britannien müße sein der vollständige abzug britischer truppen aus irland, der stufenweise, nach einem zuvor festgelegten zeitplan, erfolgen könne. andere sprecher der provisorischen sinn féin, wie ruarai o'bradaigh, erklärten, die aufgaben der i.r.a. seien nicht durch einen militärischen sieg über england beendet, es ginge vielmehr darum, eine qualitativ neue gesellschaft einzurichten, deren struktur sozialistisch sei. der sprecher der sinn féin erklärte weiter,

daß heute 20 % mehr internierte in den kz's wie long kesh seien als vor dem sunningdale abkommen".

die umfassenden, ungekürzten ostererklärungen können bezogen werden über das westdeutsche irlandsolidaritätskomitee - 637 oberursel 5 - postfach 35

FRANKFURT (ID) EINREISE VON SINN FEIN-GENOSSEN BEHINDERT

30. april am 28. 4. 74 wurden mitglieder des westdeutschen irlandsolidaritätskomitees für mehrere stunden an der deutsch-holländischen grenze festgenommen und verschärft verhört. in ihrer begleitung befanden sich zwei genossen der irischen offiziellen sinn fein partei, der politischen organisation der offiziellen i.r.a. (s. id 32). von hohen offizieren des bundesgrenzschutzes und "zivilen" geheimdienstlern wurde ihnen vorgeworfen, möglicherweise einen "anschlag auf die sicherheit der bundesrepublik deutschland zu planen".

sämtliches gepäck und natürlich auch alle personen wurden streng durchsucht und verhört, wobei zunächst die irischen genossen an der einreise gehindert wurden und gleichzeitig die informationsmaterialien des westdeutschen irlandsolidaritätskomitees als "staatsgefährdende literatur" eine beschlagnahme erfahren sollten. als die genossen sich konsequent weigerten ihren beschluß aufzugeben, die geplante veranstaltungsreihe über den befreiungskampf des irischen volkes ohne die irischen genossen durchzuführen, wurden sie nach mehreren rückfragen im bundesinnenministerium alle zusammen freigelassen.

am folgenden tag - in münster - wurden sie schon von 3 auffällig unauffälligen zivilisten erwartet. die münsteraner genossen schmissen die "geheimen" öffentlich raus.

FRANKFURT (ID) OFFENER BRIEF DER ROTEN HILFE AN DIE KPD-ROTE HILFE e. v.

2. mai die "kpd rote hilfe e.v." fordert seit monaten in ihrer "rote hilfe e.v. - zeitung" zu spenden für astrid proll und katharina hammerschmidt auf. im prinzip ist dagegen nichts einzuwenden. nur, wenn diese spendengelder weder astrid proll noch katharina hammerschmidt erreichen, wird man etwas stutzig und versucht zu klären, wo die kohle geblieben ist. wir haben die leute von der "kpd rote hilfe e.v." vor circa sechs wochen angeschrieben und um stellungnahme gebeten. geduldig haben wir drei wochen auf eine antwort der eifrigen sammler gewartet. was kam, war wie die kpd - nichts!

nun gut, wir schrieben noch einen brief (diesmal einen weniger freundlichen), in dem wir die herren aufforderten, innerhalb von zwei wochen dazu stellung zu nehmen und die gelder dem zweck der sammlung entsprechend zu überweisen. wenn dies in der angegebenen frist nicht laufen würde, wollten wir sie öffentlich machen - was wir hiermit tun.

was war eigentlich los? unter dem vorwand, astrid proll und katharina hammerschmidt finanziell zu unterstützen, sammelten die "roten helferchen" der "kpd" geld, und zwar in jedweder form. das heißt ganz klar, die genossen, leute, typen, freaks oder fortschrittlichen menschen spendeten die gelder eben zu diesem zweck, im vertrauen darauf, daß ihre spende auch bei den genannten genossinnen ankommen würde. die kohle kann also nur für eine sache verwendet werden: katharina hammerschmidt die operation, den unterhalt für sich und ihr kind zu ermöglichen; astrid proll das krankenhaus, die kur im schwarzwald sowie die therapeutischen maßnahmen finanzieren zu helfen.

wer da nun glaubt, daß dies geschah, liegt falsch, völlig falsch! tatsache ist, daß katharina hammerschmidt in westberlin ein einziges mal 500,- dm von der kpd rote hilfe e.v. erhielt. das war alles! astrid proll bekam überhaupt nichts. daß mehr gespendet worden ist, dürfte jedem klar sein, (das zeigen u.a. unsere spendenaufrufe im fall der beiden genossinnen, die nicht nur bei den spontis durchgeführt wurden). bekannt ist und war, daß katharina hammerschmidt allein für eine operation in paris (ohne fahrgeld, unterhalt und kind) 3.000,- dm brauchte, und zwar sehr schnell. bekannt ist auch, daß astrid proll, als sie aus dem knast kam, für krankenhaus, kur etc. ca. 6.000,- dm (auch ohne unterhalt) benötigte. das alles war und ist auch der "kpd rote hilfe e.v." bekannt.

es wäre hilflos und vor allem sinnlos, darüber zu spekulieren, wo das geld für katharina und astrid geblieben ist. wir meinen, daß man einen anderen weg einschlagen sollte. wir fordern die "kpd rote hilfe e.v." ein letztes mal, auch im namen aller individuen, die für politische arbeit spenden, auf: 1. zu belegen, wo die gelder geblieben sind, 2. die spenden dem zweck zuzuführen, für den sie bestimmt waren, und zwar unverzüglich.

sollte die "kpd rote hilfe e.v." dazu nicht bereit sein, fordern wir alle genossen auf, keinen pfennig mehr für irgendeine sammlung der "kpd" und ihrer unterorganisationen zu spenden, da nicht gewährleistet ist, daß die spenden ihrer bestimmung entsprechend verwendet werden.

genossen, wir werden euch in zwei wochen bescheid geben, ob die "kpd rote hilfe e.v." auf diesen offenen brief reagiert hat. wir sind aber jetzt schon der meinung, daß man, statt irgendeine obskure sammlung der "kpd" zu unterstützen, das geld den rechtsanwälten der betroffenen genossen oder organisationen schicken sollte, denn dann ist auf alle fälle gewährleistet, daß die spenden auch an den richtigen empfänger kommen. rote hilfe frankfurt, 2. 5. 74

BERLIN (ID) SPEZIALEINHEIT DER "SCHUTZ"-POLIZEI IM EINSATZ

29. april die seit januar 1974 existierende spezialeinheit der berliner schutzpolizei hat nach sechsmonatiger ausbildung (sport- und schießübungen, ziel: aus 100 meter entfernung einen radius von 2,5 zentimeter zu treffen) auf recht blamable weise von sich reden gemacht: vor einiger zeit "stürmten" sie schwerbewaffnet ein schlafzimmer, in dem ein paar gerade mit sich ziemlich beschäftigt war. grund: eine besorgte mutter hatte die polizei angerufen, bei ihrer tochter sei ein "verdächtiger mann" zu gast.

am dienstag, den 23. april wurden amerikanische soldaten und polizisten der spezialeinheit von der britischen militärpolizei festgenommen. 17 bullen der spezialeinheit und amerikanische soldaten hatten in zivil am teufelsee ein manöver abgehalten. zweck: die bullen sollten lernen, ein wasserwerk gegen angreifende guerillas zu verteidigen (die amis spielten ausnahmsweise mal guerillas). dabei machten sie eine verfolgungsjagd durch ein wohngebiet mit manövermunition. die erschrockenen anwohner alarmierten die britische militärpolizei, die von dem ganzen manöver nichts wusste und an einen ernstfall glaubte. die briten nahmen drei amis und vier deutsche polizisten fest. um ein haar hätten sie in verkennung der situation mit scharfer munition geschossen.

einen tag später wurde eine frau im berliner bezirk schöneberg nachts in ihrem auto sitzend von drei schüssen aus einer mp verletzt. aus "ungeklärter ursache" lösten sich aus der mp in einem polizeiauto plötzlich drei schüsse, die durch die wagentür des parkenden autos drangen. das zivilfahrzeug der spezialeinheit der polizei war "zur beobachtung von verdächtigen personen" (palästinenser) eingesetzt. dabei hatten sich beim hantieren mit der mp drei schüsse gelöst. die bullen entschuldigten sich bei der verletzten frau, sie hätten nicht auf sie schießen wollen.

BERLIN (ID) AUSLÄNDER SOLLEN VERSCHAUKELT WERDEN

29. april die berliner sanierungsgesellschaft gsw, die zu 96 prozent dem senat gehört, versucht, wie erst jetzt bekannt wurde, schon seit jahren, die ausländischen mieter mit illegalen methoden aus den zum abriß anstehenden häusern zu vertreiben. sie verschickte an die deutschen und ausländischen mieter schreiben mit recht unterschiedlichem inhalt: obwohl es nach dem berliner mieterschutzgesetz gar keine kündigung gibt, sondern das mietverhältnis nur durch die bezirksämter aus zwingenden gründen (erhebliche belästigung, eigenbedarf des vermieters) aufgehoben werden kann, kündigte die gsw den ausländischen mietern eines ganzen sanierungsblocks zum 30. juni. bei den deutschen mietern steht davon kein wort. ihnen wird auch versprochen, dass die gsw ihnen eine ersatzwohnung für die zeit nach dem abriß nachweisen wird. die ausländischen mieter sollen sich dagegen selbst eine wohnung suchen. kein wort davon, dass die sanierungsgesellschaften nach dem städtebauförderungsgesetz verpflichtet sind, jedem sanierungsmieter einen in größe, lage und mietpreiss angemessenen ersatzwohnraum nachzuweisen. auch dass sie anspruch auf erstattung der umzugskosten und der kosten für notwendige neuanschaffungen wie gardinen, telefon, einbauten usw. haben, wird den ausländern ganz bewußt verschwiegen.

die absicht der sanierungsgesellschaft ist klar: sie versucht die mieter bewußt irrezuführen und ihnen angst einzujagen, dass sie, wenn sie nicht freiwillig schnell ausziehen, auf der straße stehen werden. auf diese weise kann man sich die sanierung leicht, konfliktfrei und natürlich billig machen.

die mieter eines hauses, deutsche und ausländer, haben inzwischen gemeinsam bei der gsw gegen diese illegalen sanierungspraktiken protestiert und die presse eingeschaltet. nachdem die verantwortlichen bei der gsw die unterschiedlichen schreiben zunächst mit "übersetzungsschwierigkeiten" begründeten und damit, dass die ausländer ja sowieso keine ahnung von "all dem behördenkram haben", haben sie schließlich angst gekriegt: der direktor erklärt plötzlich, er habe von all dem nichts gewusst (sagt aber im selben atemzug, dass diese methoden schon seit zehn jahren so gehandhabt würden), entschuldigt sich tausendmal und will sofort schreiben verschicken, in denen über dieses"mißverständnis" aufgeklärt werden soll.

da zu erwarten ist, dass auch die anderen sanierungsträger in anderen städten mit denselben illegalen methoden vorgehen, tip an alle stadtteilgruppen: guckt euch genau die schreiben an, vergleicht die schreiben von deutschen und ausländischen mietern, guckt euch mal das städtebauförderungsgesetz an und schaut und klopft auch mal den dolmetschern in den beratungsbüros auf die finger.

BERLIN (ID) AUFRUF DER STADTTEILGRUPPE CHARLOTTENBURG

28. april wir arbeiten in einer mieterinitiative mit im sanierungsgebiet charlottenburg, wo die "neue heimat" sanierungsträger ist. wir wollen demnächst ein nh-tribunal und/oder eine dokumentation über solche unsozialen methoden dieses gewerkschaftskonzerns machen und können dafür noch jede menge material gebrauchen (auslagen werden ersetzt).

stadtteilgruppe charlottenburg, 1 berlin 19, seelingstr. 57 (laden)

HANNOVER (ID) "WIR HABEN EIN ARBEITER-JUGEND-WOHNKOLLEKTIV GEGRÜNDET"

30. april wir sind schüler, lehrlinge und jungarbeiter. kennengelernt haben wir uns in der kornstraße im unabhängigen jugendzentrum. folgendes ziel streben wir an: daß wir uns in eine gemeinschaft integrieren, die uns hilft, aus der beschissenen lage zu kommen, in der wir stecken. einigen von uns droht heimeinweisung, wenn sie nach hause gehen. ihr könnt euch sicher vorstellen, wie es in so einem "erziehungsheim" aussieht.

selten, oder gar keinen ausgang, wenig freizeit usw. ansonsten wird man geprügelt, kaputt gemacht. das schlimmste ist, das man seine probleme nicht mit den erziehern besprechen kann. außerdem wird man oft mit sinnlosen strafen, die einem bestimmt nicht weiterhelfen, belegt.

vorausgegangen ist dem wohnkollektiv eine freizeit in springe. dort haben wir uns über unsere probleme eingehend unterhalten. wir haben eingesehen, daß wir uns nur selber helfen können, wenn wir uns bei unseren problemen gemeinsam unterstützen, z.b. uns helfen eine lehre abzuschließen. außerdem macht es viel mehr spaß, mit gleichaltrigen zusammen zu wohnen, oder???

deshalb haben wir ein wohnkollektiv gegründet, genau wie in berlin das "georg von rauch-haus".

deshalb bitten wir euch um kleine spenden für die übergangszeit bis zur unterstützung von der stadt. wir brauchen: möbel, haushaltsgeräte, lebensmittel und geld. spenden können abgeliefert werden im asta, im ujz kornstraße und wiebergstr. 10, geldspenden auf das konto 16732448 der stadtsparkasse hannover. jugendwohnkollektiv, 3 hannover, wiebergstr. 10

ZWEIBRÜCKEN (ID) KLAUS JÜNSCHKE ERLITT KREISLAUFKOLLAPS

3.5. klaus jünschke, der sich seit dem 8.7.72 in der justizvollzugsanstalt in zweibrücken in untersuchungshaft befindet, erlitt am 1.5.74 in seiner zelle einen kreislaufkollaps.

der kreislaufkollaps ist eindeutig auf die jahrelange isolation von klaus jünschke zurückzuführen. seit anfang 1973 haben die verteidiger von jünschke wiederholt beantragt, jünschke durch einen anstaltsfremden arzt untersuchen zu lassen: diese anträge wurden sämtlichst, zuletzt durch beschluß vom 7.3.74 vom zuständigen ermittlungsrichter, abgelehnt.

jünschke lehnt bereits seit monaten die untersuchung durch anstaltsärzte in zweibrücken ab, dies deshalb, weil ihm bei einer zwangsernährung am 17.6.73 von dem anstaltsarzt dr. julinek erklärt worden war: leute wie er, wären während des krieges längst "abgeknallt" worden, wäre er, jünschke, auf freiem fuß, so hätte er, der anstaltsarzt, ihn längst "abgeknallt".

nach den fällen proll, berberich und hammerschmidt, ist nun mehr auch im fall klaus jünschke zu befürchten, daß er auf grund der unmenschlichen praktiken der justiz der brd gegenüber politischen gefangenen irreparable gesundheitsschäden davonträgt.

das beispiel jünschke gehört zur logik einer justizstrategie, die auf die physische und psychische vernichtung der politischen gefangenen abzielt.

am dienstag, den 7.5., findet in bochum an der universität ein teach-in der rh statt, das über diesen fall informieren soll. die rh-frankfurt hat informationsflugblätter gemacht, die von allen anderen gruppen angefordert werden können.

HAMBURG(ID) SPENDENAUFRUF DER SCHWARZEN HILFE

25.april die schwarze hilfe hamburg ist pleite!das wäre eigentlich nicht schlimm-aber in hamburg und lübeck sitzen zur zeit vier haus besetzer(e khofstraße),werner hoppe,ilse stachowiak,margit schiller,gerd wieland,wofgang stahl,gerhard müller und irmgard möller.ausserdem betreuen wir wolfgang grundmann(jva zweibrücken) finanziell.alle diese genossen haben kein geld-alle brauchen geld!wir können das allein nicht schaffen.

vorschlag:können genossen oder gruppen einen gefangenen "übernehmen"?(100,-dm pro monat).das geld müßte an uns geschickt werden,damit klar ist,wer geld kriegt und wer nicht.wir rechnen dann natürlich öffentlich ab!nochmal:es geht um 12 genossen-um 1200,-dm pro monat!
unser konto:postscheckamt hamburg,28o4 59-2o2,sonderkonto nils hinrichsen.

HAMBURG (ID) FILM ÜBER LINKE ANWÄLTE

3. mai da die kampagne gegen bm-verteidiger seit dem sommer 1972 läuft, damals fragte die bild-zeitung in einer schlagzeile "was ist eigentlich ein anwaltskollektiv - etwas schlimmes" und peter bönisch prangerte in der bams 45 namentlich bekannte rechtsanwälte an, die seiner meinung nach sprengstoff transportieren, kassiber vermitteln und zeugen präparieren, scheint es eigentlich ein wenig verspätet, wenn erst jetzt ein film über "rechtsanwälte-linksanwälte" von lutz lehmann ausgestrahlt wird. angesichts der jüngsten rechtsbeugung gegen die linksanwälte und die geplante verabschiedung eines gesetzes zum ausschluß von unliebsamen verteidigern, wird der lehmann-film wohl doch noch einige personen, die noch nicht ganz von dem baader-meinhof-hysterie-bazillus befallen sind, zum nachdenken anregen, lutz nämlich versteht seinen film als ein plädoyer "gegen die pauschale ablehnung und vorverurteilung einer gruppe von strafverteidigern, die nahezu zwangsläufig in die zone des verdachts geraten, weil sie sich für angeklagte einsetzen, die öffentlich zum staatsfeind nummer 1 erklärt worden sind, " bemüht um ein ausgewogenes bild, läßt lehmann nicht nur die betroffenen anwälte zu wort, sondern auch deren staatliche kontrahenten, so unter anderem den nordrhein-westfälischen justizminister diether posser, selbst 1956 nach dem kpd-verbot - zusammen mit dem heutigen meinhof-anwalt heinrich hannover - mitglieder des landesfriedenskommitees verteidigt hatte. posser sieht allerdings einen unterschied zu der damaligen situation, da sich damals die schuldvorwürfe auf straftatbestände des politischen strafrechts bezogen. "heute gehen die vorwürfe dahin, daß, wenn auch aus politischen motiven heraus, die beschuldigten und angeklagten kriminelle handlungen begehen, indem sie mord- und totschlagsversuche oder gar vollendeten mord begannen haben, banken überfallen, urkunden fälschen, betrügereien begehen und ähnliches mehr. das ist der gravierende unterschied."

dr. herbert scholbissels, der 16 jahre am bundesverfassungsgericht tätig war, meint dagegen, daß raf-mitglieder ein "politisches anliegen haben, und dieses politische anliegen wird von der anklagebehörde nicht anerkannt, von der anklagebehörde werden sie einfach als gemeine kriminelle disqualifiziert, während sie selbst hier doch das verbrecherische, das kriminelle nur als mittel benutzen, um ein politisches anliegen durchzusetzen."

da die rechtsanwälte der baader-meinhof-gruppe immer wieder darauf hinweisen, daß es sich um politische verfahren und taten handele, wurden sie von der ver-bild-eten öffentlichkeit als komplizen ihrer mandanten hingestellt. als dann noch im juni 1973 ein rundbrief rechtsanwalts ströbeles an die inhaftierten bm-mitglieder gefunden wurde, erreichte die kriminalisierung der rechtsanwälte ihren höhepunkt, da ihnen vorgeworfen werden konnte, übermäßig partei für ihre mandanten bezogen zu haben und sich obendrein noch mit ihnen zu identifizieren.

diese vorgeworfene identifizierung versteht dagegen der von lehmann interviewte bremer rechtsanwalt hannover als eine nicht-distanzierung: "schon in den ersten politischen prozessen, in denen ich als verteidiger aufgetreten bin, habe ich gelernt, daß der verteidiger sich im politischen prozeß von seinem mandanten nicht distanzieren kann. das würde auf eine zerstörung des selbstverständnisses des mandanten hinauslaufen und für mein verständnis auf einer ebene mit parteiverrat liegen." sollte es wieder üblich werden, daß verteidiger sich von ihren mandanten abgrenzen müssen, würde das die "schaffung einer .mosphäre wie in einem volksgerichtsprozeß" nach sich ziehen.

sendetermin des films von lutz lehmann "rechtsanwälte-linksanwälte": donnerstag, 9. mai

HEIDELBERG (ID) AUS PRESSEERKLÄRUNGEN DER RECHTSANWÄLTE BECKER, LAUBSCHER, HAAG

16.3. die staatsanwaltschaft hat am 1.3.1974 das verteidigergespräch des am 4.2.74 in amsterdam festgenommenen 38-jährigen physikers axel achterrath mit seinem holländischen anwalt verhindert, indem sie in letzter minute die überwachung dieses gesprächs durch zwei beamte der politischen abteilung des landeskriminalamtes stuttgart anordnete. sowohl nach deutschem als auch nach holländischem recht ist die überwachung von anwaltsgesprächen verboten. achterrath und sein verteidiger haben den rechtswidrigen versuch der staatsanwaltschaft, die verteidigung durch die politische polizei kontrollieren zu lassen, abgelehnt.

gegenstand der besprechung sollte die illegale verschleppung achterraths aus holland in die bundesrepublik durch die holländische kriminalpolizei auf betreiben der deutschen politischen polizei sein. achterrath wurde von seiner festnahme am 4.2.1974 2 tage und 2 nächte in der amsterdamer polizeidirektion festgehalten. der grund seiner festnahme wurde ihm nicht mitgeteilt. trotz wiederholter versuche wurde ihm die kontaktaufnahme zu seinem holländischen anwalt verweigert. auch mehrere versuche des holländischen anwalts, der durch die presse von der verhaftung erfahren hatte, achterrath zu sprechen, schlugen fehl. schließlich wurde ihm am 6.2.1974 um 9.30 uhr mitgeteilt, achterrath sei auf dem weg zur grenze.

tatsächlich wurde achterrath am 6.2.74 erst nach 10.30 uhr zur deutsch-holländischen grenze transportiert und dann von der deutschen polizei "wegen grenzüberschreitung ohne papiere" festgenommen. der holländische anwalt hat sich wegen der verschleppung achterraths an das holländische justizministerium gewandt. er hat dabei darauf hingewiesen, daß die verschleppung achterraths ein verstoß gegen die geltenden niederländischen gesetze und rechtsnormen sowie gegen die vertraglichen abmachungen zwischen der bundesrepublik deutschland und dem königreich der niederlande darstellt.

18.4.74 am karfreitag, dem 12.4.1974 wollten die eltern von klaus jünschke ihren sohn im gefängnis in zweibrücken besuchen. der besuch wurde nach 5 minuten von den überwachenden beamten abgebrochen. anlaß für die besuchsüberwachenden beamten war ein gespräch, dessen inhalt und verlauf folgender war :

die eltern berichteten, daß sie über die pressekonferenz und den hungerstreik der angehörigen der politischen gefangenen, als protest und demonstration gegen die folter an den politischen gefangenen, informiert seien, daß ihr gesundheitszustand es ihnen aber nicht erlaube, ebenfalls in den hungerstreik zu treten.

jünschke schilderte die haftsituation der politischen gefangenen und brachte die notwendigkeit der proteste zum ausdruck : die haft ist wie täglich zusammengeschlagen-werden , es gibt keine verletzungen, aber die isolation bewirkt dasselbe.

ein beamter unterbrach und forderte jünschke auf, solche schilderungen zu unterlassen, andernfalls der besuch abgebrochen werde.

jünschke berichtete seinen eltern über seinen schlechten gesundheitszustand, daß er geschwulstartige knoten am leib, stoffwechselstörungen als ergebnis der unmenschlichen haftbedingungen insbesondere der isolationshaft habe. der besuch wurde abgebrochen.

16.3.74 wie wir erst jetzt erfahren haben, fand in der nacht vom 11./12.3.1974 - offensichtlich im zusammenhang mit der festnahme eines justizbeamten der JVA zweibrücken und eines angeblichen befreiungsversuches - bei unserem mandanten, dem politischen gefangenen wolfgang grundmann, eine zellenrazzia statt. gegen 1.30 uhr stürmten in der fraglichen nacht ein durchsuchungskommando unter leitung des anstaltsdirektors greus und eines oberstaatsanwalts drei uniformierte beamte, der sicherheitsbeamte, sowie 6 kripo-leute zur zelle, rissen die tür auf, stürmten herein und verschleppten grundmann in eine nachbarzelle. dort konnte grundmann hören, wie das rollkommando die zelle quadratzentimeterweise abklopfte und auseinandernahm. nach ca. 1 stunde zog sich der trupp zurück. kurze zeit später ließ man grundmann in seine zelle zurück, die er in einem chaotischen zustand vorfand.

die verantwortlichen haben bei alledem grundmann gegenüber kein wort der erklärung abgegeben, geschweige denn eine richterliche anordnung bzw. einen durchsuchungsbefehl vorgezeigt.

BREUBERG (ID) STREIK BEI METZELER

3.mai seit montag, den 24.4.1974, streikten ca. 300 griechische, spanische und portugiesische arbeiter der fa. metzeler, werk odenwald in breuberg. anlaß des streiks war eine 20%-ige akkorderhöhung im reifenbau. mit der letzten, von den arbeitern physisch nicht mehr zu verkraftenden akkorderhöhung, wurde die stückzahl von 250 auf 325 reifen pro tag heraufgesetzt. die reifenbauer protestierten gegen diese erhöhung. die betriebsleitung drohte mit entlassungen. daraufhin solidarisierten sich mehr als 300 kollegen mit der forderung auf rücknahme der akkorderhöhung. die geschäftsleitung reagierte mit 198 fristlosen kündigungen. dagegen forderten die kollegen: akkordtempo runter-keiner wird entlassen.

von anfang an versuchten meister und abteilungsleiter die arbeiter durch handgreiflichkeiten einzuschüchtern. ein mann vom werkschutz fuhr mit dem auto in eine gruppe streikender und verletzte dabei eine kollegin. auf dem höhepunkt des streiks, nachdem die geschäftsleitung zugeständnisse gemacht hatte, schaltete sich die gewerkschaft chemie, druck, keramik ein. nach den letzten verhandlungen mit der geschäftsleitung am sonntag verkaufte die gewerkschaft den kollegen verhandlungsergebnisse als erfolg, die sowieso schon längst normaler rechtsanspruch eines jeden arbeiters sind. statt rücknahme der akkorderhöhung sollen jetzt akkordüberprüfungen auf antrag der kollegen vorgenomwerden. die gewerkschaft hat die rechtlichen und sprachlichen unkenntnisse der kollegen genutzt, indem sie vor allem über die dolmetscher den kollegen die akkordüberprüfungen als erfolg ihrer verhandlungen verkaufte. die akkordüberprüfung ist aber bereits rechtsanspruch der kollegen, der ihnen aber nichts bringt, da er täglich unter duldung der gewerkschaft mißachtet wird. die kollegen hatten der gewerkschaft die verhandlungsführung überlassen und damit gerechnet, daß so ihre forderungen durchgesetzt werden können. das verhandlungsergebnis verunsicherte sie aber so, daß sie nicht in der lage waren, gegen die gewerkschaft den streik weiter selbst zu organisieren. diese schwäche der kollegen führte dazu, daß am vergangenen montag wieder gearbeitet wurde. zwar wurde nur eine frißtgerechte kündigung von der geschäftsleitung ausgesprochen aber der akkord blieb. fünf spanier kündigten daraufhin selbs

REUTLINGEN (ID) STREIK BEI SAUTTER

2.mai seit dienstagvormittag, den 24.4.74, 9.45 uhr, streikt die mehrheit der arbeiter und angestellten der graphischen kunstanstalt sautter in reutlingen-betzingen.

zu dieser spontanen arbeitsniederlegung wurden die kolleginnen und kollegen durch die verhaltensweisen des betriebsinhabers seifried gezwungen. seifried hatte auf einer außerordentlichen betriebsversammlung am dienstagvormittag bekanntgegeben, daß er die 11,3%ige lohnerhöhung die von der ig-druck und papier ausgehandelt wurde, auf die übertariflichen zulagen anrechnen werde. dies bedeutet für die kollegen einen reallohnabbau; da die preise laufend steigen, die löhne der sautter-belegschaft jedoch gleichbleiben. alle verhandlungen, die von seiten des betriebsrates, des bezirkssekretärs und des landesvorstandes der ig druck-und papier mit seifried geführt worden sind brachten kein ergebnis.

am 29.4. scheiterten die verhandlungen endgültig. seifried teilte der verhandlungskommission der streikenden mit, 20 kolleginnen und kollegen könnten ab dienstag wieder mit ihrer arbeit beginnen, 13 der streikenden würden fristlos entlassen. den 20 will er den vollen lohn bezahlen, also die 11,3%ige lohnerhöhung nicht auf die übertariflichen zulagen anrechnen. drei betriebsratsmitglieder möchte er gleichfalls rausschmeißen, vorher jedoch die rechtsgrundlage abklären.

mitglieder aller gewerkschaften haben ein "aktionskomitee zur unterstützung der streikenden bei der firma sautter" gebildet, um den streik in allen betrieben und der reutlinger bevölkerung bekannt zu machen und die streikenden arbeiter materiell zu unterstützen.

dieser arbeitskampf kann von der interessenvertretung der streikenden,

dieser arbeitskampf kann von der gewerkschaft materiell und finanziell nicht unterstützt werden. laut rechtsprechung ist es den gewerkschaften in zeiten der friedenspflicht untersagt, streikgelder zu bezahlen. trotzdem müssen die streikenden ihren lebensunterhalt bestreiten.

diese situation erfordert es, daß den streikenden die finanzielle solidarität aller zuteilwird.

spendenkonto des aktionskomitees: BfG-reutlingen; nr. 10 06 87 67

POLEN (ID) AUFRUHR IN BYTOM

3. april in bytom (oberschlesien) löste die provokative handlung eines milizbeamten gegen eine schwangere frau einen achtstündigen kampf zwischen den einwohnern und der eilig aus den benachbarten städten herbeigezogenen miliz aus. es hagelte milchflaschen und pflastersteine der empörten bevölkerung; auf beiden seiten gab es zahlreiche verletzte und rufe: "was ihr mit uns macht, ist selbst unter hitler nicht vorgekommen". vorfälle dieser art sowie immer wieder aufflackernde warnstreiks in ganz polen sind ausdruck der gegenwärtigen stimmung weiter teile der bevölkerung gegenüber der politischen führung des landes und seinen sicherheitsorganen.

LIMERICK (PNS/ID) HÄUSERRATSMITGLIEDER IN CORK IM GEFÄNGNIS

27. april drei mitglieder der corker mieter-corporation wurden anfang april ins gefängnis gesperrt, weil sie sich weigerten, dem gerichtsbeschluß, miete zu zahlen, nachzukommen.

es sind thomas o'sullivan, thomas lynch und john f. smythe, mitglieder der 1.800 leute starken cork-corporation, einer mietervereinigung, die in den letzten drei jahren mietstreiks organisierte, um die stadt zu zwingen, von ihren klagen wegen der schlechten wohnbedingungen notiz zu nehmen.

am 8. 4. drangen 50 mieter während einer stadtverordnetenversammlung in den saal ein, um die freilassung der drei gefangenen zu fordern. 16 frauen besetzten einen teil des saales und den sitz des bürgermeisters. als der erkannte, daß die mieter bleiben wollten, vertagte er den termin. zwei frauen begannen auf den stufen des rathauses einen hungerstreik und die dockarbeiter streikten zwei tage später für die forderungen der mieter.

die mieter beklagten sich auch über die feuchtigkeit, ursache für lungenentzündungen und bronchitis bei etlichen kleinkindern. die rohrleitungen des zentralheizungssystems, das erst vor drei jahren eingebaut worden war, sind schon völlig korrodiert und ein corker arzt berichtete von verschiedenen verletzten, die er nach heizkörperexplosionen behandeln mußte. er riet zu schnellem handeln, bevor noch jemand getötet wird. aber nichts geschah. der mietervereinigung zufolge streiken über 500 mieter. seit den gefangennahmen hat sich ihre zahl erhöht. sie sind entschlossen, so lange zu streiken, bis eine öffentliche untersuchung stattfindet, bis alle ihre forderungen nach reparaturen erfüllt werden und bis alle leute freigelassen werden, die wegen des streiks im gefängnis sitzen.

der kampf wird sich wahrscheinlich noch zuspitzen.

SPANIEN(ID/IPS) GEHEIME ZUSAMMENKUNFT VON PIRELLI-DUNLOP DELEGIERTEN AUS DREI LÄNDERN

30.april

am 31.märz fand eine geheime zusammenkunft von delegierten des internationalen koordinations-komitee pirelli-dunlop aus drei ländern (italien,großbritanien und spanien) statt.es war zum ersten mal,daß die vertreter einer großen multinationalen gesellschaft sich in spanien versammelten,um die lage der spanischen arbeiter im allgemeinen und jene der 6000 bei pirelli beschäftigten im besonderen zu prüfen.

trotz der enormen schwierigkeiten und der repression von seiten der behörden und der direktion der pirelli-werke setzten die arbeiter dieser gesellschaft ihren kampf fort.in den ersten monaten des laufenden jahres haben streiks,kundgebungen und andere kampfformen in den fabriken von manresa,cornella und villanueva (alle liegen in der nähe von barcelona) die leitung von pirelli gezwungen, lohnerhöungen und in einem werk (in manresa) eine verkürzung der arbeitszeit von 48 auf 46 stunden pro woche zuzugestehen.

bei der zusammenkunft des internationalen koordinations-komitee wurde auch vereinbart,die arbeiter der anderen länder über die besten formen aktiver solidarität mit ihren spanischen kollegen zu konsultieren.das internationale komitee ruft überdies alle arbeiter der pirelli-dunlop und die der anderen multinationalen konzerne mit werken in spanien auf,ihre solidaritätsaktionen mit den spanischen arbeitern zu intensivieren und für das ende des faschismus in spanien und die wiederherstellung der gewerkschaftlichen und politischen freiheiten der spanischen arbeiter einzutreten.

MADRID (ID/IPS) BASKISCHE ARBEITER FREIGESPROCHEN

19. april ein madrider gerichtshof sprach zehn baskische arbeiter frei, die wegen zusammenrottung und druck auf arbeitskollegen bei einer arbeitsauseinandersetzung angeklagt waren. die zehn, unter ihnen eine frau, gehörten einem komitee an, das von den arbeitern einer fabrik in eibar gewählt worden war, nachdem die firma ende 1971 nahezu 200 arbeitern gekündigt hatte. als sich die auseinandersetzung wegen der kündigungen in die länge zog, entführte die baskische unab-

hängigkeitsorganisation eta einen direktor der firma. die polizei verhaftete daraufhin die zehn komitee-mitglieder und zwei priester.

der industrielle, lorenzo zabala, wurde einige tage später freigelassen. das management des unternehmens hatte die bedingungen der eta für seine freilassung angenommen, wie die wiedereinstellung der gekündigten arbeiter und lohnerhöhungen. zusätzlich zu den forderungen der eta stellten die streikenden arbeiter des betriebes noch eine forderung, nämlich die freilassung der zehn inhaftierten komitee-mitglieder und der beiden priester. auch dieser forderung wurde entsprochen, doch wurden die freigelassenen später wieder verhaftet und jetzt vor gericht gestellt.

ST.PAUL, MINNESOTA (LNS/ID) RICHTER WEIGERT SICH, DEN WOUNDED KNEE-PROZESS EINZUSTELLEN

27.april richter fred nichols hat die begründung der verteidigung abgewiesen, den prozess gegen die aim-aktivisten dennis banks und russell means wegen ihrer "rädelsführerschaft" bei der belagerung von wounded knee einzustellen. er erklärte jedoch, daß "die vielen nachlässigkeiten und die vernachlässigung der sorgfaltspflicht durch den fbi dieses gericht an den rand der einstellung dieses prozesses geführt" hätte. "wenn weitere beispiele schlechter amtsführung bekanntwerden, werde ich sicherlich auf die forderung der verteidigung zurückgreifen."

der prozeß wurde bis zum 1. mai ausgesetzt, aber die anderen wounded knee-prozesse wurden in der folge dieser richterlichen entscheidung wieder aufgenommen. die vier anderen "rädelsführerprozesse" finden in sioux falls, süd dakota, statt. die restlichen 120 "mitläuferfälle" wurden nach lincoln, nebraska, gelegt.

währenddessen finden in custer, süd dakota, seit februar demonstrationen statt. der grund: die ermordung eines jungen indianers, wesley bad heart bull, durch einen weißen geschäftsmann. der mörder wurde wegen totschlags zu einer zweimonatigen gefängnisstrafe verurteilt, die zur bewährung ausgesetzt wurde. bei hearings vor dem prozeß bestritt die verteidigung die zuständigkeit des gerichts, da nach dem vertrag von 1868 zwischen dem "grossen volk der sioux und den vereinigten staaten" custer immer noch teil des sioux-territoriums ist. der westliche teil von süd dakota wurde für immer den sioux zugesprochen, falls nicht 75% des stammes - nur die männlichen stimmen zählen - einer vertragsänderung zustimmen würden. solch eine abstimmung hat niemals stattgefunden.

USA (ID) HAITIANER IN AMERIKANISCHEN GEFÄNGNISSEN

27. april der haitianer delville turenne, 28 jahre alt, hat im gefängnis von dade country in miami selbstmord begangen, um seine abschiebung nach haiti zu verhindern. er war einer der 10 haitianer, deren abschiebung für den 14. märz von der us-regierung geplant war.

seit dem machtantritt des zweiten präsidenten auf lebenszeit der dynastie duvalier vor drei jahren, die immer wieder von allen internationalen institutionen wegen mißachtung der elementarsten menschenrechte verurteilt worden ist, haben 600 haitianische flüchtlinge ebenfalls in den usa um politisches asyl gebeten. zur zeit befinden sich 208 dieser flüchtlinge eingekerkert in amerikanischen gefängnissen in florida und texas und sind von der abschiebung nach haiti bedroht, was für sie den tod bedeuten würde. währenddessen hat die us-regierung beschlossen, 20 000 kubanische flüchtlinge aus spanien in den usa aufzunehmen.

DOKUMENT 1. ZUSAMMENARBEIT VON KAPITAL UND KIRCHE AM BEISPIEL DES WILDEN STREIKS BEI MANNESMANN - 2. teil

2. mai bericht vom villigster gespräch: am 28. 1. 1974 kam es dann in villigst zu dem gespräch über"recht und grenzen kirchlicher äußerungen" angesichts der solidaritätserklärung nordrhein-westfälischer pfarrer für die entlassenen arbeiter bei mannesmann.

präses (von der evangelischen kirche von westfalen) timme eröffnete die sitzung, begrüßte die anwesenden und stellte fest, welche gruppen am gespräch teilnahmen. da die pfarrer einige mitglieder des betriebsrates der mm-ag (mannesmann-ag) eingeladen hätten, habe er um der gerechtigkeit willen und damit beide sozialpartner vertreten seien herrn dr. geisseler (generalbevollmächtigter der mannesmann ag) ebenfalls zu dem gespräch gebeten.

als erster spricht herr knapp, betriebsratsvorsitzender: er weist zunächst den partnerschaftsbegriff zurück, der in den worten des präses anklang. partnerschaft sei in unserer gesellschaft nicht gegeben, jedenfalls nicht zwischen unternehmern und arbeitnehmern. mit der sog. partnerschaft in der wirtschaft, etwa im modell der parität in den aufsichtsräten, sei vielmehr die chancenlosigkeit in grundsätzlichen fragen für die arbeitnehmer festgeschrieben. von daher sei auch die rolle der kirche anzuzweifeln, wenn sie hier neutralität demonstriere, indem sie beide seiten zu diesem gespräch eingeladen habe.

zur frage des rechts in der vorliegenden auseinandersetzung: es sei die frage, inwieweit nicht die moral dem geschriebenen recht in dieser sache vorzugehen habe. rechtlich sei ein spontaner arbeitskampf in der tat nicht verankert. dies zu regeln, liege bei den arbeitsgerichten. sie urteilten jedoch so, daß die arbeiter keine chance auf durchsetzung ihrer interessen haben. die rechtssprechung erfolgt zugunsten einer minderheit. ebenso sind die einschlägigen gesetze recht der herrschenden. der betriebsrat habe zwar das recht auf einspruch und mitbestimmung in einigen sachen, könne dem aber keinen nachdruck verleihen, wenn die arbeiter des betriebs nicht durch geeignete maßnahmen seinen forderungen unterstützung und nachdruck verleihe.... der betriebsratsvorsitzende schilderte dann, wie es zu den spontanen arbeitsniederlegungen gekommen sei...

präses thimme stellte daraufhin fest, alle seien über die inflationäre entwicklung beunruhigt und alle gleichermaßen beunruhigt/betroffen. einen konsens gebe es auch bezüglich der humanität am arbeitsplatz. das sozialamt der evangelischen kirche von westfalen sei damit seit 20 jahren beschäftigt... zu unterscheiden sei allerdings die diskussion von sprechendem und moralischem recht. hier liege der punkt der auseinandersetzung.

dann kommt dr. geisseler zu wort. in den ausführungen von herr knapp gehe es um soziale und politische probleme. dies sei angelegenheit der tarifpartner igm und gesamtmetall. auch die unterscheidung zwischen sprechendem und moralischem recht könne beiseitegelassen werden. das vorgehen der mm-ag befinde sich im einklang mit den geltenden gesetzen und der rechtssprechung, nach der "wilde streiks" als mittel des arbeitskampfes nicht erlaubt seien. es gehe darum, was die beteiligten pfarrer geäußert hätten. auch die männer der unternehmensleitung (ul) seien mitmenschen und menschenbrüder. die ul bestehe nicht aus unmenschen, die nur das interesse der kapitaleigner verträten. die ul müsse nach gesetz und tradition das unternehmen führen im interesse der arbeitnehmer, der anteilseigner und des ganzen. es müsse deshalb gesagt werden: unternehmer sind auch menschen, deren ehre und würde man achten müsse. wird die solidaritätserklärung dem gerecht? geisseler zitiert passagen wie "ungesetzliche willkür", "grundgesetzwidrige maßnahmen", "im gg garantiertes streikrecht", "verletzung elementarer sozialer, moralischer normen" und kommt zu einem nein. da sich die ul mit ihren maßnahmen auf dem boden der geltenden rechtssprechung befinde, rühre diese erklärung an die ehre des vorstandes. die im gg art. 9 garantierte koalitionsfreiheit gestehe nur ein streikrecht von arbeitnehmerverbänden zu, sei also auf die tarifautonomie der tarifpartner ausgerichtet. wo käme man hin, wenn jede kleine minderheit diese ordnung über den haufen werfe. der streik in duisburg-huckingen sei ganz klar außerhalb der rechtsordnung gewesen. das arbeitsgericht duisburg habe den standpunkt der ul voll gebilligt. und abschließend: "bedenken sie: wir sind allzumal sünden, schließen sie sich da mit ein!" wie wollen die unterzeichner ihre auslassungen eigentlich rechtfertigen?!

von den unterzeichnern: die kirche war bisher auf der seite der herrschenden und besitzenden. das hat sich heute verschoben. man solle deshalb hinnehmen, daß theologen sich mit den arbeitern solidarisierten. es gebe in dieser frage keine neutralität, auch für die kirche nicht. dies zeige u. a. daran, daß mm beim präses intervenierte und nur dadurch dieses gespräch zustandegekommen sei. tatsache sei, durch die unsozialen gewinne der unternehmer kämen die arbeiter nicht zu ihrem recht. das kapital habe noch nie die in der verfassung des deutschen volkes festgelegten belange vertreten. da die geltende rechtssprechung die interessen der besitzenden vertritt, sei sie klassenjustiz.

ein vertreter der igm begrüßt, daß pfarrer zu sozialpolitisch brisanten fragen stellung nähmen. die igm könne sich jedoch deshalb nicht mit den spontanen streiks solidarisieren, da sie an das geltende recht gebunden seien. die unternehmer könnten sie sonst für den entstehenden streikscha-

den regreßpflichtig machen. das hemme die bewegungsfreiheit der gewerkschaften. von den teilnehmern wird noch einmal der begriff der sozialpartnerschaft zurückgewiesen. er suggeriere eine gleichberechtigung zwischen kapital und arbeit, die nicht vorhanden sei. es gehe im vorliegenden fall um einen konflikt in unserer klassengesellschaft und um die frage, wie die kirche dazu stehe. verfassungsgesetze seien geronnene machtverhältnisse. das gleiche gelte von gesetzen. hier gehe es um eine praktische auseinandersetzung innerhalb unserer klassengesellschaft. diejenigen, die bestimmte positionen innehaben und die herrschaftsmechanismen kontrollierten, schafften sich auch das dazugehörige recht, um sich zu festigen.

präses thimme stellt daraufhin die frage nach der verhältnisbestimmung von legitim und legal. die basis des rechts dürfe nicht vorschnell verlassen werden. er betrachte es mit großer sorge, daß dies hier geschehen sei. mit dem bvg sei das nicht konform. die aktion der unterzeichner sei also illegal. teilnehmer: artikel 74,2 bvg mit der friedenspflicht hänge der gewerkschaft wie ein klotz am bein. im übrigen sei das bvg nicht gleichgewichtig dem gg. es müßten menschen dasein, die gegenmacht bilden, um veränderungen einzuleiten. es sei zu fragen, ob es vom evangelium her nicht situationen geben könne, bestehendes recht zu durchbrechen.

dr. danielsmeyer (landeskirchenamt): er habe immer gesagt, daß das evangelium dazu nötige, in soziale und politische zusammenhänge einzugreifen. er meine aber, man müsse hohe maßstäbe an das legen, was man zur begründung anführe. es gehe um die legalität des vorgehens. seien novae leges (neue gesetze) innerhalb des gg zu erreichen? wenn ja, dann sollten wir uns an die gesetzlichen regelungen halten und nicht mit kleinen revolutionen spielen. ein teilnehmer fordert die kirchenleitung auf, zunächst einmal 20.000 mark in den solidaritätsfond für die entlassenen zu zahlen. keine reaktion von der kl. oberkirchenrat philipps weist auf die pfarrerdienstrechtliche relevanz der angelegenheit hin. hier spielten auch zuviele emotionen eine rolle. im übrigen hätten wohl einige was unterschrieben, was sie nicht übersehen und nicht gewollt hätten. damit seien sie disqualifiziert. man müsse auch vorsichtig sein, um nicht in die ecke der chaoten gedrängt zu werden. die brd habe eine ordnung, die sich international sehen lasse. gruppen wie die kpd wollten diese ordnung zerstören. ein teilnehmer, der als nächster auf der rednerliste stand, zieht zurück. er sei nach diesen ausführungen sprachlos.

in seinem schlußwort führt präses thimme u. a. aus: wenn es um das wohl des menschen gehe, müsse recht recht bleiben. auch wer das evangelium verkünde und heil muß für die welt verantwortung tragen und anerkennen, daß in der welt andere gesetzmäßigkeiten herrschen... er sei jedoch beunruhigt darüber, wie schnell hier die möglichkeit der überwindung von geltendem recht befürwortet werde, ohne die möglichkeit auszuschöpfen, recht weiterzuentwickeln. das arbeitsgericht duisburg habe doch erklärt, daß mm nach geltendem recht im recht sei. "ihre solidaritätserklärung ist zwar menschlich verständlich und kommt bei den betroffenen gut an, aber theologisch und rechtlich klar falsch und eine grenzüberschreitung dessen, was ihnen aufgetragen ist. sie haben gegen die geltende rechtsordnung verstoßen... sie haben verschiedentlich gesagt: wir werden das wieder machen. ich rate ihnen dringend: legen sie erst mal eine besinnungspause ein, besinnen sie sich und arbeiten sie erst mal theologisch!"

die solidaritätserklärer an die kirchenleitung von westfalen: sehr geehrte damen und herren! diejenigen pfarrer, die die mannesmann-solidaritätserklärung unterzeichnet haben und von herrn präses thimme zu einem gespräch am 28.1.1974 nach villigst gebeten worden waren, haben sich am 2.2.1974 zu einem nachgespräch in dortmund getroffen. sie haben uns beauftragt, folgendes schreiben an sie zu richten:

aus dem gespräch am 28.1.1974 in villigst ergibt sich für uns ein tiefgreifender "interessengegensatz" zwisc hen den anwesenden mitgliedern der kirchenleitung und uns pfarrern, die wir die solidaritätserklärung für die entlassenen mannesmann-arbeiter unterzeichnet haben. der verlauf des gesprächs hat uns deshalb sehr enttäuscht, zumal wir inzwischen kenntnis erhalten haben von den briefen, die herr dr. overbeck an herrn von mutius und herr dr. geisler an die kirchenleitungen von rheinland, westfalen und lippe gerichtet haben. daraus ist der verdacht entstanden, daß dieses gespräch im wesentlichen auf intervention des mannesmann-vorstandes bei der kirchenleitung zustande kam. die gründe für unsere enttäuschung liegen in folgenden punkten:

1. die eigentliche sache, um die es ging, nämlich die entlassung der an der spontanen arbeitsniederlegung beteiligten arbeitnehmer, ist nicht hinreichend zur sprache gekommen. weder herr dr. geisler noch die anwesenden herren der kirchenleitung sind auf die ausführungen des mm-betriebsratsvorsitzenden, herrn knapp, eingegangen. dies wäre jedoch zum verständnis unseres handelns notwendig gewesen. wir können daraus nur den schluß ziehen, daß es weder dem präses noch den anwesenden herren der kirchenleitung um die konkrete sache der arbeiter ging.

2. der präses hat den beteiligten pfarrern in seinem schlußwort vorgeworfen, daß sie mit ihrer erklärung theologisch klar falsch liegen und sich einer überschreitung ihres auftrags schuldig gemacht hätten. seine begründung dazu ließ eine absolut gesetzte zwei-reiche-lehre erkennen. wir sind der meinung, daß der präses einer landeskirche die pluralität von theologischen ansätzen und sozialethischen konsequenzen daraus in seiner kirche akzeptieren muß. wir jedenfalls gehen von anderen theologischen voraussetzungen aus als der präses und kommen von daher zu anderen politischen und sozialen konsequenzen. die worte des präses können wir deshalb nur als eine unberechtigte disqualifizierung unserer position auffassen.

3. mit seiner stellungnahme ist der präses uns beteiligten pfarrern dem vorstand von mannesmann gegenüber in den rücken gefallen, indem er ihm argumente gegen uns geliefert hat. sowohl herr dr. geisler als auch herr okr philipps haben mit hinweis auf das pfarrerdienstgesetz unser tun verurteilt, ohne daß dies vom präses zurückgewiesen wurde. dies können wir nur als konzertierte aktion von industrie und kirchenleitung gegen uns bezeichnen.
4. aus diesen punkten ergibt sich, daß das gespräch in villigst nicht als sachgespräch angelegt war, sondern dem versuch unserer einschüchterung dienen sollte. dies kam besonders im schlußwort des präses zum tragen, als er uns vor neuen ähnlichen aktionen dringend eine besinnungspause anriet.
5. wir können auch deshalb dieses "gespräch" nicht anders als einen disziplinierungsversuch betrachten, durch das der vorstand der mannesmann ag beschwichtigt werden sollte, weil uns inzwischen zur kenntnis gekommen ist, dass der herr präses selbst die bitte um rücknahme der entlassungen "aus gnade" an den mannesmann-vorstand gerichtet hat. auch wenn bei uns weniger der aspekt der "gnade" als der des rechts bzw. seiner möglichen veränderung im blickfeld war, ging es auch uns um die wiedereinstellung der entlassenen. aufgrund dieser einschätzung der lage möchten wir folgendes erklären:
a) wir wiederholen unsere bitte an die kirchenleitung, in den solidaritätsfond für die betroffenen arbeiter dm 20.000 einzuzahlen.
b) wir sind nach wie vor von der notwendigkeit überzeugt, die arbeiter mit solidaritätserklärungen in ihrem kampf gegen unternehmerwillkür zu unterstützen.
c) wir bitten um eine stellungnahme der kirchenleitung zu diesem schreiben bis zum nächsten treffen unseres kreises am 23.2.1974.
ein durchschlag dieses schreibens geht an den politischen ausschuß und den sozialausschuß der landeskirche. im namen der folgenden pastorinnen und pfarrer, die die mannesmann-solidaritätserklärung unterschrieben haben oder sie unterstützen.

landeskirchenamt an unterzeichner: lieber bruder ...! da sie der wortführer in unserem gespräch vom 28. januar ds. jahres in villigst auf seiten der vom präses eingeladenen westfälischen pfarrbrüder waren, antworte ich ihnen im namen und auftrag der kirchenleitung auf den an uns ergangenen brief vom 2. februar 1974. dieser brief enthält so schwerwiegende unterstellungen und macht angesichts des auch uns nicht befriedigenden ausgangs der villigster begegnung eine fortsetzung des gesprächs so dringlich erforderlich, daß die kirchenleitung, ohne auf einzelheiten ihres schreibens einzugehen, eine solche fortsetzung in kleinerem kreise anempfiehlt. im einvernehmen mit dem präses schlage ich daher vor, daß sie aus ihrem kreis etwa 10 pfarrbrüder und pfarrschwestern - es sollte sich nur um solche handeln - delegieren. auf seiten der kirchenleitung würden die villigster teilnehmer und dazu möglicherweise einige weitere mitglieder erscheinen. das gespräch soll dann am dienstag, dem 12. märz 1974, nachmittags um 15.00 uhr im landeskirchenamt stattfinden. mit brüderlichem gruß.

solidaritätsgruppe an kirchenleitung: sehr geehrte damen und herren! ihr schreiben an pfarrer ... vom 18.2.1974 haben wir erhalten und teilen ihnen nach besprechung im unterzeichnerkreis folgendes mit: wir haben in unserem schreiben vom 2.2.1974 unsere analyse des villigster gesprächs zusammengefaßt. sie schreiben, diese analyse enthalte "schwerwiegende unterstellungen".... (unleserlich) wir ein gespräch zum gegenwärtigen zeitpunkt nicht für nötig. mit freundlichen grüssen.
aus der linksprotestantischen zeitschrift "amos"

DOKUMENT 2 WIDERSPRUCH GEGEN EINBERUFUNGSBESCHEID FÜR DEN "VERTEIDIGUNGSFALL"

hiermit lege ich gegen den einberufungsbescheid für den "verteidigungsfall" widerspruch ein.

begründung: die bundeswehr (bw) wurde aus den überresten der hitler'schen wehrmacht aufgebaut, d. h. die zeit u. berufssoldaten und der gesamte führungsstab der bw setzten sich am anfang aus, meist "altgedienten" offizieren und unteroffizieren der wehrmacht zusammen. diese kamen vorwiegend aus den reihen der spezial-einheiten wie fallschirmjäger, waffen-ss, ss usw.

so stand bis zum august 1966 general trettner, der zu den ersten freiwilligen von hitlers "legion condor" gehörte, und später 1. generalstabsoffizier der 7. flieger-division (fallschirmjäger) war, als generalinspekteur des heeres an der spitze der bw.

er war es auch, der mitte des. 1964 der nato-ratstagung in paris die pläne für einen atomminengürtel an der grenze der ddr vorlegte. auch konnte er sich beim einmarsch der russen in die cssr 1968 nicht verkneifen, in einem zeitungsinterview zu äußern, das ihn die präzision des einmarsches angenehm an seine zeit unter hitler erinnerte. trettner ging, de maiziere kam. ulrich de maiziere, nahm unter hitler an dem überfall auf polen teil und wurde später oberstleutnant i.g. und 1. generalsstabsoffizier der operationsabteilung des heeres im "führerbunker" hitlers, bormanns und goebels.

de maiziere konnte bis in jüngste zeit immer wieder seine faschistische gesinnung unter beweis stellen. (verfechter der ns-gesetze, der sog. "vorwärtsverteidigung", der atombewaffnung) immer wieder mach er durch die von ihm veranlaßten repressionen auf kriegsdienstverweigerer und politisch andersdenkende soldaten auf sich aufmerksam.

man kann sagen, daß bis heute alle wichtigen stellungen in der bw von "alt-nazis" oder in derem sinne handelnden offizieren besetzt sind. (z.b. von kielmannsegg, steinhoff, thilo, grashay karst usf.) insgesamt fanden bereits in der gründungszeit der bw über 2 000 ehemalige offiziere allein aus der waffen-ss offene kasernentore. 1965 bestätigte das verteidigungsministerium sein wohlwollen gegenüber angehörigen der waffen-ss erneut. im vorgang s i 4 -az 35 -08 07 vom okt. 1965 war folgendes zu lesen: ....wer als ehemaliger angehöriger der waffen-ss die pflege soldatischer tradition sucht, ist als ehemaliger soldat bei der bw willkommen.

diese tradition wird auch in anderer hinsicht "gewährt". hier wird wieder über den umweg der tradition ideologie vermittelt, gleichzeitig der vorwand des faschismus entkräftet.
bmvdtg fü b 1 4-az 35-08-07 ...... 4. erinnerungsstücke , symbole und embleme

a) es besteht keine bedenken, bilder-meist fotos-hervorragender heerführer, truppenführer und soldaten des 2. weltkrieges im original aufzuhängen, auch wenn auf diesen bildern zwangsläufig hoheitsabzeichen des 3. reiches in ihrer ursprünglichen form sichtbar sind.

fast keine kaserne, in der nicht bilder hochdekorierter generäle und offiziere die wände schmücken.

so schmückt z.b. das bild des generals guderian (der die attentäter des 20.juli an den henker auslieferte) fast jede panzerkaserne. von der fschjgbrig 26 wird jedes jahr ein "rommelgedenk-schießen" veranstaltet.

nazi-fahnen zieren das museum des fliegerhorstes uetersen. viele kasernen der bw sind nach dem namen "ruhmreicher" kaiserlicher und nazi-generalen benannt: "lettow-vorbeck-kaserne" (kaiserl. kolonialoffz. der tausende von afrikanern auf dem gewissen hat)/ "general-dietl-kaserne" (befehlhaber des überfalls auf norwegen)/ "ritter von leeb-kaserne" (feldmarshall hitlers, blitzkriegstratege)

das war eine kleine auswahl durch die struktur der bundeswehr. für was taugt nun die bw? für was wird sie eingesetzt? eine klare antwort: für den einsatz im inneren!!

die systematische ausbildung von bundeswehreinheiten für den einsatz im inneren wird von lehrern der "schule für psychologische kampfführung" seit dem spätherbst 67 betrieben. (also noch vor der verabschiedung der ns-gesetze) monatelang wurden die offz. der einzelnen bw-truppen für den inneren einsatz geschult.

bei den übungen wurde jeweils geprobt: der einsatz von bw-einheiten in zusammenarbeit mit der polizei und dem bgs zwecks bandenbekämpfung; der einsatz von panzergrenadieren mit schützenpanzer gegen demonstranten; maßnahmen gegen demonstranten, die sit-ins vor kasernen veranstalten etc, etc. schon seit jahren gibt es ranger-spezialeinheiten, die gefangenenbehandlung a la vietnam beigebracht bekommen.

ns-übungen sind schon lange an der tagesordnung: in euskirchen unter dem planspielnamen "fuchsjagd", in külsheim "partisanenbekämpfung " mit fußsohlen ankockeln, in dinslaken mit der heimatschutztruppe, in bad bergzabern angriffsspiel aus dem inneren. in lorch wurde der innere notstand geprobt (mg-nest im san-bereich) und als krönung wäre das wohl umfangreichste notstandsmanöver das staatsgewalt und bw und paramilitärische einheiten in gemeinsamer übung machte, anzusehen: fallex 66.

das damals noch garnicht gesetzlich vorgesehene notparlament, der "gemeinsame ausschuß" nahm an der übung gleich teil. (!)

erwähnenswert wäre noch das planspiel der heeresoffiziersschule I in hannover vom 11. 3. 1968; diese herren hatten auch sehr klare vorstellung, was den verwendungszweck der bw betrifft.

es ist mühsam alles zu papier zu bringen; man könnte bücher darüber schreiben.

aus diesen gründen heraus werde ich mich mit allen zur verfügung steheden mitteln dagegen wehren diesen einberufungsbescheid für den "verteidigungsfall" anzunehmen oder ihm gar nachzukommen.

die bundeswehr ist und kann nur sein, ein bewaffnetes ungeheuer gegen die berechtigten interessen der arbeitenden bevölkerung. das hohe offiziere der bw den faschistischen putsch , gegen eine legal gewählte regierung wie die von chile, begrüßen und beglückwünschen, kann meine aussagen nur bestätigen. h.-j.k.

DOKUMENT 3 NAMIBIA: SÜDAFRIKA PLÜNDERT UNS AUS

historischer hintergrund: 1889 wurde namibia von deutschen kolonisiert. nama - und herrerostämme sind dabei fast ausgerottet worden. die überlebenden waren wirtschaftlich ruiniert. somit begann eine extensive minenausbeutung der deutschen.

192o wurden die deutschen kolonien unter den alleierten aufgeteilt. namibia (süd-westafrika) kam zu südafrika. nach dem 2.weltkrieg forderte die un einen bericht über namibia zwecks der übergabe namibias an die un. bis 1956 sollte südafrika der uno gegenüber noch für namibia verantwortlich sein. 1966 übernahm die uno formal die direkte verantwortung für namibia bis zu deren unabhängigkeit. südafrika hat diesen beschluß nicht akzeptiert und verstärkte seine kontrolle über namibia.

196o betrug die bevölkerung dort 425 ooo farbige und 73 ooo weiße. das land ist in zwei teile geteilt: die südliche "policezone", wo sich die wirtschaftlichen hauptregionen befinden das nördliche "eingeborenen-reservat", wo mehr als die hälfte der bevölkerung wohnt - auf weniger als einem drittel des gesamt landes. im süden wohnen hauptsächlich die weißen. doch die farbigen arbeiter werden für die weiße wirtschaft gebraucht. sie kommen für ein bis zwei jahre in den süden. ohne familie, weil nicht erlaubt, als ungelernte arbeiter. gewerkschaften gibt es nur für die weißen. nur 46% der schwarzen kinder können zur schule gehen. medizinische - und andere sozialhilfe ist fast nur für die weißen da.

die gesetzgebende versammlung besteht aus 18 weißen, von weißen gewählt. ein 11 köpfiger farbigen rat darf nur beraten. afrikaner haben keine politische vertretung und ihre politischen parteien werden nicht anerkannt. im eingeborenen gebiet werden nur häuptlinge eingesetzt, die von der regierung gebilligt werden.

afrikaner müssen pässe haben, um aus ihren reservaten ausreisen zu können, um zugkarten kaufen zu können, um in die "policezone" einreisen zu können, um in anderen reservaten länger als 48 stunden bleiben zu können, um in städtischen gebieten mehr als 72 stunden bleiben zu können. südafrikanische sicherheitsgesetze wurden auch auf namibia ausgedehnt: so können unter dem kommunistengesetz leute festgenommen werden und 18o tage festgehalten werden. andere terrorgesetze sind gegen nationalismus und politische aktivitäten gerichtet. in den jahren von 1967 bis 74 wurden sehr viele politische gegner verhaftet. darunter auch der kommunistenführer tovio hermann ja tovio, der nach seinem prozeß vom 1.2.68 mit 36 anderen zu 2o jahren knast verurteilt wurde, und auf die berüchtigt berühmte gefängnis insel robben island verfrachtet wurde.

am 2o.2.74 wurde die "kalahari news", eine zeitung der swapo von der südafrikanischen regierung verboten. die kalahari news war die nachfolgerin der namibia news, die im herbst vergangenen jahres verboten wurde (s. id nr. 11). damit ist auch das lezte periodisch erscheinende organ der swapo verboten worden. ebenso wurden am 2o. feb. für südafrika zwei gesetze verabschiedet: 1. verbot von politischen parteien 2. verbot von verschwörerischen versammlungen. offiziell dürfen die gesetze nicht für namibia angewandt werden. zudem sollen namibianische politische gefangene nur noch von der namibianischen provinzregierung abgeurteilt werden.

dies geschah noch kurz vor den wahlen in namibia um die un-beobachter, die für die wahlen gekommen waren, zu besänftigen. die wahlen fanden mitte april statt, nur weiße waren wahlberechtigt, wobei die pro-vorster-regierung überlegen gewann.

nach den wahlen erhielten wir eine presseerklärung der swapo:
zwischen der südafrikanischen regierung und dem westdeutschen unternehmen "essener steinkohlen - und elektrizitäts ag"- teil des kohlengrubengiganten ruhrkohle ag - wurde soeben ein vertrag unterzeichnet, der vorsieht eine uraniumanreicherungsanlage in südafrika zu erstellen. der vertrag hat offenbar die billigung des bonner wissenschaftsministeriums.

5o% des uraniums wird von namibia kommen, von der "rio tinto zink mine" bei rossing. (anmerk: südafrikas quellen liegen also in namibia, wo die südafrikanische präsenz illegal ist) dieser vertrag hat schwerwiegende internationale folgen: südafrika will selbst atomwaffen herstellen, was, einigen quellen zufolge, etwa ab 198o möglich sein wird. deshalb braucht südafrika rohmaterial von namibia, was südafrika somit illegal besitzt. atomwaffen in den händen einer so ruchlosen regierung ist eine ernsthafte bedrohung für den afrikanischen kontinent im besonderen und für den weltfrieden im allgemeinen. man erinnert sich an die versuche nazi-deutschlands in den frühen 4o iger jahren atombomben zu entwickeln. es sieht so aus, als ob die gegenwärtige deutsche regierung südafrika nicht nur mit kapital, sondern auch mit experten helfen will. die folgen für unseren befreiungskampf sind ungeheuerlich und die brd-beteiligung bedeutet dabei für unser volk einen schritt zurück in die unterdrückung. (auch das karlsruher atomforschungszentrum, von der bundesregierung finanziert, partizipiert an dem vertrag)

kontaktadresse: south west africa peoples organisation, 1o dryden chambers, 119 oxford street, london w.1.

DOKUMENT 4 AUSZÜGE AUS DEM BEITRAG DER "MIR" ZUR CHILE-KONFERENZ

...die praktiken der militärjunta hat konflikte innerhalb der sozialen basis der militärdiktatur selbst erzeugt, und zwar in dem maße, in dem die erbarmungslose politik deß großkapitals auch die interessen der kleinbürgerlichen und mittleren schichten der bourgeoisie verletzt, die den putsch unterstützt haben.

an der sozialen basis in chile ist ein desintegrationsprozeß zu beobachten, der vor den augen des ganzen volkes die hauptfeinde der arbeiterklasse isoliert: das nationale und ausländische großkapital und seine gendarmen. das eröffnet die möglichkeit, dia klassenallianzen des proletariats zu erweitern, die mehrheit des volkes ins eigene lager herüberzuziehen und mit ihrer unterstützung im kampf gegen die militärdiktatur zu zählen. die schaffung einer breiten widerstandsfront ist also eine objektive möglichkeit in chile und stellt im jetztigen augenblick eine aufgabe von vitaler bedeutung dar.

damit diese aufgabe erfolgreich durchgeführt werden kann, ist es notwendig, die trügischen formulierungen und die illusionen zu vermeiden, die zu nähren der reformismus stets bereit ist.für die reformismus stellt sich das problem sehr einfach dar: die militärjunta verliert ihre soziale basis - sagen sie - wodurch sie geschwächt wird und die volksbewegung an stärke gewinnt.nun ,auch wenn es zutrifft,daß die diktatur ihre soziale basis verliert, so trifft es nicht gleichfalls zu, daß sie geschwä geschwächt und die arbeiterklasse und das volk gestärkt werden.

warum ist es nicht wahr,daß die arbeiterklasse und das volk in dem maße gestärkt werden, in dem die soziale basis der diktatur zerfällt? erstens, weil diese sektoren normalerweise nicht dazu tendieren, sich unmittelbar der arbeiterklasse anzuschließen,sondern eher nach eigenen lösungen suchen, die bevorzugt in richtung auf eventuelle bürgerliche oder kleinbürgerliche oppositionsbewegungen gehen. zweitens, weil das proletariat, um diese sektoren in das eigene lager herüberzuziehen und sie seiner führung zu unterstellen, notwendig organisisert sein und eine echte politische alternative zur diktatur des großkapitals bieten muß.

einige elemente innerhalb der linken neigen dazu, die ausbildung einer eventuellen bürgerlichen opposition als das kleinere übel im vergleich zur jetzigen lage anzusehen, da sie ihrer meinung nach eine gewisse redemokratisierung ,die für den kampf des proletariats günstig wäre erlaubaen würde . die m i r verfällt nicht diesem irrtum. das ausdrückliche ziel des militärputsches war die zerschlagung der massenbewegung und die liquidierung ihrer avantgarden,wie die barbarischen repressionsmaßnahmen gegen die mir und die anderen organisationen der linken beweisen. aber die fähigkeit der m i r zum widerstand gegen die repression,ebenso wie die andere kräfte, allerdings in geringerem maße, da sie auf verhältnisse dieser art weniger vorbereitet waren - und außerdem die existenz einer maßenbewegung ,die, schwergeschlagen und verwundet, eine frische erinnerung an ihre eroberungen und kämpfe hat und schon wieder anzeichnen für ihre bereitschaft zum widerstand gegen die diktatur zeigt : all dies verbietet dem großkapital eine redemokratisierung, selbst eine teilweise.die voraussetzung für eine redemokratisierung wäre die liquidierung der avantgarde und die passivität der massenbewegung....

...für die revolutionäre stellt sich in diesem moment genau diese hauptaufgabe: reorganisierung der massenbewegung und besonders der arbeiterklasse auf der grundlage der verteidigung des lebensstandards und des kampfes um demokratische freiheiten, mit dem ziel der schaffung einer breiten sozialen front unter der führung der arbeiterklasse ,deren aufgabe der unnachgiebigste widerstand gegen die diktatut sein wird. in diesem sinne rufen wir revolutionäre alle sektoren ,die bereit sind, sich dem kampf der arbeiterklasse zu beteiligen, auf, sich der front anzuschließen. in diesem sinne schließen wir revolutionäre die massenarbeit im keiner organisation aus, in der die massen vertreten sind. in diesem sinne unterstreichen wir die bedeutung von massenorganisationen wie der nachbarschaftsvereine und andere, besonders aber der gewerkschaften.

aber die kämpfe der vergangenheit ,und besonders die kürzlich - zu anfang dieses jahres - in chile ausgefochtenen , haben uns gezeigt, daß die traditionellen massenorganisationen angesichts der repression sehr verwundbar sind. wenn der streik in einem unternehmen die arbeiterklasse und die revolutionäre 140 entlassene arbeiter kostet, so muß man die nötige flexibilität haben und auf andere formen des kampfes zurückgreifen können, die weniger spektakulär sind,aber dennoch der kampfbereitschaft der arbeiter einen weg öffnen. mehr als das: wenn für die durchführung der traditionellen kampfformen der spielraum zu eng ist, so muß man an die vorbereitung anderer kampfformen denken, die dann notwendig in den bewaffneten kampf als allgemeine form des klassenkampfes einmünden. es ist deshalb die organische vorbereitung der arbeiterklasse und des volkes notwendig, damit sie fähig sind, den kampf unter diesen bedingungen erfolgreich zu führen. diese vorbereitung bedeutet für uns heute den aufbau von der basis her der widerstandskomitees ,rückgrat der bewaffneten widerstandsbewegung, die morgen in ganze chile sich entfalten und die in die revolutionäre volksarmee einmünden wird.

keine illusionen über die aussichten für eine demokratisierung in chile zu hegen (ohne die möglichkeit begrenzter und unsicherer schwankungen der repression zurückzuweisen), muß uns notwendig dazu führen, unsere arbeit vom gesichtspunkt des bewaffneten widerstandes im lande her in angriff zu nehmen...

...in diesem kampf können die arbeiterklasse und das volk nicht allein stehen. sie brauchen die aktive solidarität der in den kapitalistischen ländern arbeitenden revolutionären und fortschrittlichen kräfte sowie die unterstützung durch das sozialistische lager, besonders durch das revolutionäre kuba. was sie aber vor allem brauchen, ist eine verstärkung der beziehungen und der gemeinsamen aktion mit dem proletariat und den volksschichten in lateinamerika, besonders im südlichen kegel. in ihrer rolle als revolutionäre avantgarde hat die m i r gemeinsam mit schwesterorganisationen im süden lateinamerikas einen revolutionären koordinationsrat (junta de coordinacion revolucionaria) geschaffen, der das ergebnis jahrelanger solidarischer bemühungen ist und der neue perspektiven für den vereinten kampf eröffnet. schulter an schulter marschieren zusammen mit der m i r die die revolutionäre volksarmee (erp) aus argentinien, die nationale befreiungsarmee (eln) aus bolivien und die nationale befreiungsbewegung (mln-tupamaros) aus uruguay. weitere revolutionäre kräfte aus lateinamerika werden sich morgen dem koordinationsrat anschließen, und auf dem ganzen kontinent wird der kriegsruf des che erschallen: ein, zwei, drei, viele vietnams! ...

luis cerda - vertreter der bewegung der revolutionären linken (mir) chiles in europa

DOKUMENT 5 DIE EVAKUIERUNG BELFASTS ALS STRATEGISCHER PLAN

die systematische vertreibung von zehntausenden irischer mieter kennt in europa nicht ihresgleichen, sie erinnert an die strategie der schaffung von "wehrdörfern"(kz's)durch die us-armee in vietnam. in irland stellt sich diesbezüglich eine einheitsfront von britischer armee und bodenspekulanten, die sich sowohl im süden als auch im norden des landes betätigen.

in den letzten 3 1/2 jahren wurden ca.60000 bewohner belfasts gezwungen, ihre häuser zu verlassen. in anderen stadtteilen anderer städte von nordirland ergaben sich ähnliche zahlen. allein 15% der belfaster bevölkerung mußte die alten wohnungen verlassen und war gezwungen wenn sich in einem benachbarten teil der stadt keine neue fand, in die südirische republik zu flüchten. so existiert in der gegend des südirischen cork ein flüchtlingslager, das provisorisch mehr als 30 000 nordiren aufgenommen hat. völlig unbemerkt von jeder internationalen öffentlichkeit vollzieht sich die größte bevölkerungsvertreibung, die in europa nach dem 2. imperialistischen krieg stattgefunden hat.

der neueste plan der einrichtung einer (von niemandem außer den kapitalisten benötigten) stadtautobahn in belfast(siehe id nr 30)reflektiert in erster linie einen strategischen plan der britischen armee und ihres geheimdienstes: der ganze bezirk um die berühmte falls road, einer hochburg des katholischen widerstandes, soll zugunsten einer exklusiven autobahn abgerissen werden. die bevölkerung wird man vertreiben wollen.

betroffen von dieser subversiven emigrationspolitik, die den plänen des faschistischen britischen generals frank kitson entstammt, sind in erster linie katholische arbeiter und arbeitslose. die form der einschüchterung, womit die emigrationsstrategie vorbereitet wird, reicht von psychischer ein schüchterung, womit die emigrationsstrategie vorbereitet wird,
schüchterung bis zu brand-und terroranschlägen anderer art.

ähnlich ist die situation im süden irlands. als reaktion auf die miserablen wohnverhältnisse bildete sich 1967 eine mieterorganisation die mittlerweile über 100 000 mitgleder umfaßt. momentan werden in dublin ganze straßenzüge von wohnungsspekulanten aufgekauft und abgerissen, um supermärkte und bürohochhäuser einzurichten. größter grundeigentümer ist die "metropolitan estates& property corporation", großbritanniens zweitgrößte wohnungsbaugesellschaft; profit 1972 ca. 1 milliarde dm. sie kaufte vornehmlich in dun laoghaire, nicht weit von dublin, ganze wohnviertel auf, die sie dann abreißen ließ: gegen den militanten widerstand der sinn fein und anderer organisationen. sieben hausbesetzer, darunter der sohn cathal gouldings, wurden zu gefängnisstrafen verurteilt. in dublin sind zur zeit ca. 15 000 menschen auf wohnungssuche; es existieren slums ohne elektrische anschlüsse und fließendes wasser. dafür stiegen die durchschnittsmieten in irland in den letzten jahren um 76,8%.

die offizielle i.r.a. unterstützte-vor der zeit der feuereinstellung-die hausbesetzer und wohnungskämpfer erfolgreich militärisch. 1972 sprengten sie in belfast die büroräume der mietgesell schaft "housing trust" in die luft und vernichtete dabei alle unterlagen über schulden und mietrückstände.

der wesentliche teil der sehr hohen grundrente wird an britische "landbesitzer" exportiert; so gehört einem britischen lord, der zeit seines lebens nicht einen tag in irland war, gebiete von der flächengröße frankfurts: er trägt dafür auch den adelstitel für diese gegend.

besonders in belfast formiert sich ein neuer militanter wohnungskampf der betroffenen, wozu sich erstmals auch die protestanten zählen, deren wohngebiete um die shankill road ebenfalls in mitleidenschaft gezogen werden.

(aus ira-info 7)